

Heute vor 56 Jahren



4.6. 1958: De Gaulle in Algerien. General Charles de Gaulle, seit 1. Juni 1958 Premier Frankreichs und mit der Bildung einer Regierung beauftragt, besucht Algier, um eine Frankreich-genehme Führung in dem nordafrikanischen Land zu erreichen. De Gaulle wird dann 1959 Staatspräsident, Algerien 1962 unabhängig. Foto Keystone

Einspruch

Schutzfrist stärkt die Forschung

Von Sebastian Frehner

Kein Land erteilt zehn Jahre Unterlagenschutz für neue Indikationen bekannter Wirkstoffe. – Dies behauptet Mirjam Teitler, Spezialistin für Immaterialgüterrecht sinngemäss in ihrem kritischen Artikel über die Beschlüsse des Nationalrats zur Verbesserung der Forschungsanreize in der Schweiz («Einspruch: Nationalrat als Kostentreiber der Medizin», BaZ 3.6.2014).

Die Feststellung ist schlicht falsch. Eine solche Bestimmung gibt es bereits im geltenden Recht der Europäischen Union. Die EU belohnt die Entwicklung von bekannten Wirkstoffen für zusätzliche Anwendungsgebiete damit, dass die in der klinischen Entwicklung generierten Daten während zehn Jahren einen Unterlagenschutz geniessen. Das grosse Manko der EU-Regelung ist jedoch, dass ausgerechnet jenes Pharmaunternehmen, das den Wirkstoff entwickelt hat, von dieser Bestimmung nicht profitieren kann. Dort, wo es das aufgebaute Know-how über den Wirkstoff gibt, greift das EU-Gesetz nicht. Damit wird der Bestimmung ein grosser Teil ihrer innovationsfördernden Wirkung weggenommen.

Es gibt eine Reihe von Krankheitsgebieten – zum Beispiel Krankheiten des zentralen Nervensystems wie Depressionen –, wo Ärzte und Patienten dringend auf neue Medikamente warten, und es ist bekannt, dass die Forschung mit bekannten Wirkstoffen medizinischen Fortschritt bringen kann. Das Problem ist, dass kaum jemand bereit ist, in die risikoreiche Forschung zu investieren, wenn das Patent eines Wirkstoffs bald abläuft oder schon abgelaufen ist. Der einzige zur Verfügung stehende Forschungsanreiz für die Forschung mit bekannten Wirkstoffen ist ein Unterlagenschutz. Der Nationalrat hat nun darauf reagiert und ist bereit, jenen Unternehmen zehn Jahre Unterlagenschutz zu gewähren, die auf bekannten Wirkstoffen völlig neue Indikationen entwickeln, und die dabei alle klinischen Studien durchlaufen müssen, was einem Aufwand von mehreren 100 Millionen Franken entsprechen kann. Der Nationalrat übernimmt also im Prinzip die Bestimmung der EU, jedoch ohne deren Mängel.

Der Nationalrat will zehn Jahre Unterlagenschutz, wenn auf Wirkstoffen völlig neue Indikationen entwickelt werden.

Mit der neuen Bestimmung wird niemandem etwas weggenommen, weder der Generikaindustrie noch dem Gesundheitswesen, in deren Namen Mirjam Teitler aufzutreten beansprucht. Auch die Generikaindustrie hat das Vorhaben des Nationalrats unterstützt, im Wissen, dass ein erfolgreiches Medikament für eine neue Indikation nach Ablauf der Schutzfrist auch für die Generikaindustrie ein Gewinn sein kann.

Es ist auch nicht so, dass die neue Bestimmung den Markteintritt des Generikums verzögert oder verhindert. Am sofortigen Markteintritt des Generikums nach Patentablauf ändert sich nichts. Der neue Schutz bezieht sich nur auf die neue Indikation. Und die Patienten und Ärzte werden sich nicht beklagen, wenn ein Medikament auf den Markt kommt, das es ohne den neuen Forschungsanreiz gar nicht geben würde.

Dass die Pharmaforschung international ist, muss in der Basler Zeitung nicht betont werden. Die Frage ist, wer das internationale Regelwerk der Rahmenbedingungen voranbringt. Wenn die Schweiz für einmal vorangeht und ich als Nationalrat dazu beitragen konnte, freut mich das, denn es ist ein Signal für die notwendige Stärkung des Forschungsstandortes.

Sebastian Frehner, Basel, Nationalrat, Grossrat, SVP, Unternehmer und Jurist.

Briefe

Druck nach rechts bereitet Sorgen

Kippt Europa? Betrachtungen zu einer historischen Europa-Wahl/ Triumph der Skeptiker; BaZ 31.5.14
Die in Chefredaktor Markus Somms Leitartikel gestellte Frage («Überlebt die EU den Triumph der Skeptiker?») darf man aus Lesersicht immer noch mit Ja beantworten, denn insgesamt sind die konstruktiven Kräfte der Europäischen Union intakt geblieben.

Doch die mit den Europawahlen sichtbar gewordenen Problemfelder sind Realität, vor allem das enorme Wachstum der EU-kritischen Parteien in grossen Ländern wie Frankreich (Front National) und Grossbritannien (UKIP) deutet auf politische Gefahren hin. Auch der zunehmende Druck nach rechts beziehungsweise extrem rechts bereitet Sorgen und vermag das Gleichgewicht in Europa zu stören.

Jürg H. Maurer, Riehen

Geteiltes Jerusalem ist unvorstellbar

Nahostkonflikt/Israel/Palästina Solidarität; BaZ diverse

Ich arbeitete von 1969 bis 1971 zuerst ein Jahr mit dem deutschen Friedensdienst Aktion Sühnezeichen in einem Heim für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in Jerusalem und ein weiteres Jahr in El Asaria/Bethanien mit der deutschen Entwicklungshilfe Weltfriedensdienst in einem kleinen Spital und für das Anliegen, dass in bestehenden Dörfern im (palästinensischen) Gebiet des Westjordanlands Genossenschaften mit eigenständiger Landbauung und Kleingewerbe entstehen können. Denn bis 1967, als die Israelis konkret von der arabischen Seite bedroht wurden und sie dieses Gebiet ein-

nahmen, herrschte in den Dörfern ein Feudalsystem mit meistens zwei Grundbesitzern bis teilweise Leibeigenschaft – etwas, das kaum bekannt ist, wie auch, dass Jerusalem mit Ost und West eine geteilte Stadt war, in der jüdische Menschen nur durch eine einzige Strasse im östlichen Teil Zugang zu ihrer heiligen Stätte, der Klagemauer, hatten, unmittelbar unter der Al-Aksa-Moschee, von wo Betende immer wieder von oben mit Steinen belästigt werden. Daher können sich die Israelis nicht vorstellen, dass Jerusalem wieder in ein israelisch/jüdisches und arabisch/muslimisches Gebiet geteilt werden kann.

Später sah ich, dass zu relativ wenig arabischen Dörfern sich die Siedlungen gerade in Gebieten entwickelten, in denen Wüste gewesen war und es viele Beduinen im Negev gab. Ich nahm wahr, als zu Arafats Zeiten arabische Dörfer, Händler und Handwerker von Israel kleine Autonomien erhielten, dass diese als Kollaborateure Israels betrachtet wurden – deren Geschäfte wurden von arabischer Seite wieder zerstört. Ich erlebte, wie bei der ersten Intifada das Geschäft eines mir bekannten Händlers im Osten Jerusalems angezündet wurde.

Was die Weltpolitik nicht beachtet: Wohin soll Israel mit all den Menschen, die in zuvor unbewohntem Land nun jahrzehntelang in Siedlungen wohnen? Wohin mit Tausenden, die immer noch nach Israel einwandern wollen – Israel ist verpflichtet, jüdische Menschen aufzunehmen. Hinzu kommen Hunderttausenden an afrikanischen Flüchtlingen.

Wem in Europa, in der Schweiz, ist Israels Masseneinwanderungsproblem bewusst? Was würde eine Auflösung an Siedlungen für Tausende von Menschen konkret bedeuten? Neben der Anerkennung Israels als Staat durch die arabische Welt kann ich mir in der Westbank nur ein arabisch/israelisches föderalistisches System vorstellen, mit Ramallah als politischer Hauptstadt.

Cécile Uebelhart, Riehen

Das Geschäft mit der Sicherheit

Das Sicherheitsrisiko Leuthard; BaZ 23.5.14

Wenn Martin Wagner, Präsident des Autogewerbeverbands der Schweiz, Sektion beider Basel, die geplante Verlängerung der Nachprüfintervalle als «Sicherheitsrisiko Leuthard» geisselt, dann meint er eben nicht Sicherheit, sondern spricht von «Geschäft». Über 99 Prozent aller Unfälle basieren auf menschlichem Versagen. Er aber spricht kühn von einer «nachweisbar hohen Dunkelziffer» bei technischen Mängeln. Eine Dunkelziffer kennzeichnet sich durch den Umstand aus, dass sie eben nicht nachweisbar ist. Das Astra-Argument, dass moderne Fahrzeuge mit Selbstdiagnosetools auf Mängel aufmerksam machen, trifft zu. Dass zudem der durchschnittliche Fahrzeugbestand in der Schweiz in einem wesentlich neueren und besseren Zustand ist als in manchen EU-Ländern, wird wohl nicht bestritten, und damit ist auch der Vergleich mit den EU-Regelungen hinfällig.

Zudem ist Verschleiss fahrleistungsabhängig. Auch diese Zahlen sind in der Schweiz durchschnittlich tiefer. Verwechseln wir also Sicherheit nicht mit Geschäft. Denn eine Beibehaltung der Vorführintervalle ist mit Sicherheit etwas: ein Geschäft.

Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat, SVP

Haie darf man nicht in ein Becken sperren

Ozeanium/Zolli Basel; BaZ diverse

Das Argument des Bildungsauftrags und des Naturschutzes wird vom Zolli Basel auch beim Projekt des Ozeaniums gross hervorgehoben und ist meiner Einschätzung nach sehr weit hergeholt. Natürlich geht es um Prestige und Kommerz. Tier- und Naturliebhaber müssen dieses Projekt ablehnen.

Kein Ozeanium der Welt kann es schaffen, den natürlichen Lebensraum von Meerestieren wie Haien, Rochen und Co. auch nur ansatzweise so zu imitieren, dass man von einem natürlichen Lebensraum sprechen kann. Wie können sich Kreaturen, die in der Natur alle Ozeane der Welt als Lebensraum zur Verfügung haben, in einem Aquarium

von 4000 Kubikmetern und neun Metern Wassertiefe auch nur ansatzweise wohlfühlen? Auch der Verschleiss von auf Transporten sterbenden Meerestieren wird erheblich sein.

Es gibt Tausende von wunderschönen Natur- und Dokumentar-DVDs und andere Medien, die in Topqualität und viel detaillierter, informativer die Welt der Ozeane vermitteln. Ein Ozeanium zeigt zwar die Tiere, nicht aber mal andeutungsweise das natürliche Lebensumfeld; so kann ein solches Projekt keinem Bildungsauftrag entsprechen. Ich hoffe, das die Basler und Baslerinnen es nicht zulassen werden, dass Kreaturen, die die Weite der Ozeane brauchen, in ein Wasserbecken gesperrt werden.

Peter Ankli, Basel

Der 9. Februar wird zu schwitzen geben

Gripen/Masseneinwanderung; BaZ diverse

Die Ablehnung des Gripen hat hohe Wellen geworfen. Viele hatten das nicht erwartet, vor allem die Classe politique nicht. Schön, dass das Volk für einmal klüger war als der Bundesrat. Dabei muss man gestehen, dass die Vorlage aus der Spielzeugbranche kam, wenn auch mit 3,5 Milliarden Franken etwas teurer. Aber die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative ist bei Weitem verheerender. Über den Gripen-Flieger wird in einem Jahr kein Mensch mehr reden (ausser die Offiziere an ihren Stammtischen); die andere Initiative wird uns nicht nur zu reden, sondern zu schwitzen geben. Ich hätte lieber am 9. Februar gewonnen als am 14. Mai.

Jürg Merz, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.
<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel

Korrekt

Reisen: Der öde Sandhaufen hat sich in Gold verwandelt; BaZ 2.6.14

Die Legende zur Fotografie von Amrum enthält einen Fehler: Das Dünengebiet dieser Nordseeinsel im Wattenmeer ist zwölf Kilometer lang und nicht nur zwölf Meter, wie wir geschrieben haben.

Aufhören mit dieser Volksverdummung

Mike Shiva/Leserbriefe; BaZ diverse
Gut, sind auch andere gegen diese Texte. Ich bitte, mit der Unterstützung dieser Volksverdummung aufzuhören.

Mirjam Durtschi, Muttenz